

Wer verdient Vertrauen?

Experten widersprechen einander oft und korrigieren sich schnell. Eine Orientierungshilfe in Zeiten der Pandemie.

Von Thomas Grundmann

Der Deutsche Ethikrat hat mit Recht betont, dass nicht die Wissenschaft, sondern die demokratisch gewählten Repräsentanten die politischen Entscheidungen über Ausgangssperren oder Schulschließungen treffen. Dabei müssen nicht nur medizinische und wirtschaftliche Fakten berücksichtigt werden, sondern es muss auch normativ abgewogen werden, wie der Schutz der Gesundheit, Freiheitsrechte und der dauerhafte Wohlstand gegeneinander gewichtet werden. Dennoch ist wissenschaftliche Beratung unentbehrlich. Die politischen Entscheidungen sollen auf der Grundlage der aktuellen wissenschaftlichen Daten, Prognosen und Empfehlungen erfolgen.

Anders als in den Vereinigten Staaten, wo der Präsident die Lungenkrankheit Covid-19 anfangs noch für einen „Trick“ der Demokraten hielt, und anders als in Brasilien, wo der dortige Präsident sogar zum Boykott der von den Gouverneuren aufgrund von Expertenempfehlungen verhängten Ausgangssperren aufgerufen hat, ist die derzeitige Stimmung in Deutschland uneingeschränkt expertenfreundlich. Keine Talkshow kommt ohne Virologinen oder Epidemiologen aus, Wissenschaftler loben Gesundheitsminister Jens Spahn dafür, dass er seine Entscheidungen in enger Abstimmung mit den medizinischen Experten trifft.

Experten ändern in dieser Krisenzeit jedoch ihr Urteil in Windeseile. So sah Christian Drosten noch am 27. Februar keinen Grund, auf Italien-Reisen zu verzichten. Er begründete dies mit dem Hinweis auf die geringe Infektionsdichte. Ein Ansteckungsrisiko sei niedrig. Eine Einschätzung der tatsächlichen Gefahrenlage, die aus heutiger Sicht eindeutig falsch war. Auch bei vielen staatlichen Maßnahmen ist auffällig, wie schnell die Experten ihre Einschätzung dazu ändern. Erst wurde das Verbot von Großveranstaltungen für übertrieben gehalten, dann empfohlen. Ähnlich wechselhaft verliefen die Einschätzungen mit Blick auf Schulschließungen, Kontaktsperren oder Atemmasken. Die Urteile der Experten haben offensichtlich keine lange Halbwertszeit.

Grundlose Dramatisierung?

Die Verwirrung wird noch dadurch gesteigert, dass die Experten nicht mit einer Stimme sprechen. Dennoch zeichnet sich eine deutlich überwiegende Mehrheitsmeinung unter den wahrnehmbaren Stimmen ab: Die allermeisten Epidemiologen und Virologen prognostizieren extrem dramatische Verläufe der Pandemie einschließlich einer totalen Überlastung der Intensivmedizin, sollte soziale Distanzierung nicht verordnet werden. Die meisten Experten folgen dabei den mathematischen Modellierungen einer Studie des Londoner Imperial College. Andere Modellrechnungen der Universität Basel und der Deutschen Gesellschaft für Epidemiologie kommen zu ähnlichen Ergebnissen.

Demgegenüber gibt es jedoch eine wachsende Zahl abweichender Stimmen, von denen einige wichtige in der letzten Woche in zwei Artikeln des Online-Magazins „OffGuardian“ zusammengestellt wurden, darunter hoch renommierte



Vertrauen in offizielle Beteuerungen ist gut, Vorsorge betrachten manche derzeit als besser.

Abbildung Michael Sowa

Wissenschaftler aus Oxford oder Stanford. Sogar ein Nobelpreisträger befindet sich auf der Liste. Alle Abweichler eint die These, dass die Mainstream-Wissenschaftler und die Presse die Brisanz der Lage ungebührlich dramatisieren. Es werden vor allem drei Gründe genannt: Erstens wird bemängelt, dass die Infektions- und Todeszahlen nicht in ein Verhältnis zu den Zahlen bei saisonalen Grippe gesetzt werden. Wenn man berücksichtigt, dass in Grippezeiten in Deutschland jährlich bis zu 25 000 Menschen sterben oder in Italien wöchentlich bis zu 500 Personen, dann lägen die jetzigen Zahlen immer noch im normalen Bereich. Zweitens hat der sehr angesehene Gesundheitswissenschaftler John Ioannidis von der Stanford-Universität darauf hingewiesen, dass wir nicht wissen, wie viele unbemerkte Infektionen es gibt, sondern die Sterblichkeit nur anhand der auffälligen, relativ schweren Krankheitsverläufe berechnen. Dadurch komme es zu einer Überschätzung der Sterblichkeit. Ioannidis spricht von einem „Fiasko fehlender Evidenz“. Drittens geht die Oxforder Epidemiologin Sunetra Gupta in ihrer jüngsten Studie sogar noch einen Schritt weiter und behauptet, dass sich in England durch unbemerkte Infektionen schon eine weitgehende Herdenimmunität der Gesamtbevölkerung eingestellt habe, so dass ein explosionsartiger weiterer Verlauf der Epidemie gar nicht zu erwarten sei (die sogenannte Eisberghypothese).

Was folgt, wenn man sich klarmacht, wie rasant sich das herrschende Mehrheitsurteil zur Corona-Infektion unter den medizinischen Experten ändert und dass dieses herrschende Urteil zudem von anderen Experten massiv bezweifelt wird? Dürfen sich Öffentlichkeit und Politik weiterhin an einem solchen Urteil orientieren? Obwohl es zunächst überraschend klingen mag: Ja, sie sollte sich auch unter diesen Umständen am herrschenden Expertenurteil orientieren. Warum? Betrachten wir zunächst den rasanten Wechsel der Expertenurteile. Spricht er tatsächlich gegen deren Glaubwürdigkeit? Ganz und gar nicht. Zunächst ist zu berücksichtigen, dass sich die Infektionslage selbst rasant ändert.

Was also eben noch unangemessen war, ist es jetzt schon dringend geboten. Entsprechend muss sich auch das Urteil der Experten ändern, damit es situationsangemessen wahr bleibt. Außerdem befinden sich die Experten zurzeit in einer besonders misslichen Erkenntnislage: Sie wissen einfach sehr vieles nicht und lernen durch die stark angekurbelte Forschung schnell hinzu. So ist es auch nicht ungewöhnlich, dass sich ihr Urteil hinterher häufig als falsch herausstellt. Und da die Experten beständig neue und mehr Daten bekommen, ist es nur vernünftig, das Urteil diesen neuen Daten beständig anzupassen. Trotz ständiger Änderungen bleibt das jeweils aktuelle Expertenurteil die bestmögliche Entscheidungsgrundlage.

Aber was ist mit den Experten, die vom herrschenden Expertenurteil abweichen? Nicht jedes sogenannte Expertenurteil sollte gleich viel zählen. Auf den Listen des „OffGuardian“ befinden sich viele Personen, die man nicht zu den wirklich relevanten Experten zählen darf, weil sie entweder keine Wissenschaftler sind oder nicht mehr aktiv an der Forschung teilnehmen, oder zwar aktive Wissenschaftler sind, aber nicht im relevanten Fachgebiet arbeiten (wie der Chemie-Nobelpreisträger Michael Levitt). Interessanterweise sind es gerade diese Personen, die den gravierenden Unterschied zwischen der jetzigen Infektion und den saisonalen Grippe komplett unter den Tisch fallen lassen: dass ein natürlicher Stopp der explodierenden Infektionszahlen vorerst nicht zu erwarten ist, weil es keinerlei Immunität in der Bevölkerung gibt. Selbst wenn die Zahlen heute noch nicht jeden erschrecken mögen, so ist dies doch sehr bald erwartbar.

Wenn man die genannten Personen abzieht, wird die Liste der abweichenden Expertenstimmen kürzer, aber sie ist nicht leer. Unter ihnen befinden sich namhafte medizinische Spezialisten von Spitzenuniversitäten. Kann man deren Urteil ignorieren? Für das Gewicht, das man einer Expertenposition gibt, spielt die Anzahl ihrer Anhänger eine entscheidende Rolle. Während Laien Urteile oft einfach übernehmen und deshalb breite Akzeptanz nicht

unbedingt für Wahrheit spricht, haben Experten die Fähigkeit und aufgrund des wissenschaftlichen Wettbewerbs auch den Anreiz, selbständig und kritisch nachzudenken. Dass eine Position dem Test der kritischen Überprüfung durch Kollegen standhält, spricht deshalb typischerweise für deren Wahrheit.

Auch Spinner darunter

Das bedeutet für die abweichenden Experten, dass sie zunächst von ihren Kollegen akzeptiert werden müssen, damit sie öffentlich als glaubwürdig gelten können. Genau das ist im Fall der Eisberghypothese von Sunetra Gupta nicht passiert. Weitere Experten haben die Studie wegen spekulativer Annahmen massiv kritisiert.

In einer Hinsicht ist es mit dem vorherrschenden Urteil zum neuartigen Coronavirus ähnlich wie mit den herrschenden Urteilen zum Klimawandel oder zu Impfungen. Es gibt Abweichler. Manche muss man nicht ernst nehmen, weil es Spinner sind. Andere muss man nicht ernst nehmen, solange ihre Auffassungen keine breite Akzeptanz unter Experten finden. In anderer Hinsicht unterscheidet sich die wissenschaftliche Diskussion über die Pandemie jedoch sehr deutlich. Weil die Experten noch extrem wenig wissen und rasant hinzulernen, ändert sich das Expertenurteil sehr schnell, und ist es auch noch relativ unsicher. Bislang gibt es nur durch wenige Daten gestützte Schätzungen der Dunkelziffer von Infizierten. Erst repräsentative Antikörpertests werden es ermöglichen, diese Zahl exakt zu bestimmen.

Es lässt sich demnach nicht völlig ausschließen, dass Covid-19 am Ende sehr viel weniger gefährlich ist, als die Mehrheit der Experten es derzeit vermutet. Dann hätten die Abweichler recht gehabt; und das wäre eine gute Nachricht. Aber bis dahin gebietet es uns die Vernunft, der herrschenden Expertenmeinung zu folgen.

Thomas Grundmann lehrt Philosophie an der Universität zu Köln.

Das Virus kennt keine Schlagbäume

Wo bleibt die Europäische Union in der Corona-Krise? Von Christine Landfried

Als uns die ersten Nachrichten über die Covid-19-Infektionen aus China erreichten, schien das alles weit weg. Obwohl es zahlreiche wissenschaftliche Analysen zur „Globalisierung“ gibt, sind wir noch immer einem nationalen Blick verhaftet. Inzwischen ist die Situation so dramatisch, dass die nationalen Regierungen sogar europäische Absprachen scheuen und lieber im Alleingang versuchen, die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen. Auf gemeinsames Handeln innerhalb der Europäischen Union hofft im Grunde niemand.

Was alles schiefgelaufen ist bei den ersten Reaktionen aus Brüssel, wird nach der Krise genau zu analysieren sein. Es ist kein Ruhmesblatt für die EU, dass die Mitgliedstaaten im Alleingang Einreise- und Ausreisebeschränkungen beschlossen haben. Was die Kostenoptimierung in Krankenhäusern, die fehlende Vorsorge bei Schutzkleidung, die schlechte Bezahlung von Pflegekräften und die Abhängigkeit von wenigen Ländern bei der Produktion von Medikamenten bedeuten, wird ebenfalls nach der Überwindung der Krise in den Nationalstaaten diskutiert werden müssen. Es gehört zu jede zukünftige Agenda der EU.

Doch sie muss schon jetzt bei der Bewältigung der akuten Krise Handlungsfähigkeit beweisen. Es wäre fatal, wenn sie nun wochenlang über Anleihen mit gemeinschaftlicher Haftung debattiert. Ökonomen halten eine solche Gemeinschaftsanleihe als einmalige Maßnahme zur Bekämpfung der Coronapandemie für richtig, um frühzeitig Spekulationen über die Stabilität des Bankensystems abzuwehren (F.A.Z. vom 21. März). Die Argumentation leuchtet ein. In der Videokonferenz der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten am 26. März wurde jedoch deutlich, dass es für solche „Corona-Bonds“ keine Mehrheit gibt. Also sollte dieses Problem erst einmal nicht im Mittelpunkt stehen. Statt alte Konflikte wieder aufleben zu lassen, muss die EU schnell und effektiv handeln. Ist es in einigen Bereichen erst einmal gelungen, gemeinsam die Verbreitung des Virus einzudämmen, wird es auch einfacher sein, bei den umstrittenen Maßnahmen eine europäische Einigung zu erzielen.

Was könnten die Mitgliedstaaten der EU jetzt gemeinsam auf den Weg bringen? Erstens sollte ein Sofortprogramm zur Herstellung von Schutzkleidung in Europa gestartet werden. Auf der erwähnten Videokonferenz der Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten hat man sich darauf geeinigt, gemeinsam Schutzkleidung und Tests zu besorgen. Das allein reicht aber nicht. Da die Beschaffung offensichtlich Probleme bereitet, wäre es naheliegend, dass europäische Firmen die Masken und Schutzanzüge selbst herstellen. Für ein solches Sofortprogramm ließe sich das europäische „Gemeinschaftsverfahren für den Katastrophenschutz“ aktivieren. Der Katastrophenschutz, der für die Hilfe einiger Mitgliedstaaten durch die Gemeinschaft gedacht ist, würde nun, da alle Mitgliedstaaten betroffen sind, auf die wechselseitige Kooperation in einem schweren Notfall innerhalb der gesamten EU ausgedehnt.

Einige Mitgliedstaaten könnten ein Hilfsprogramm an das europäische „Beobachtungs- und Informationszentrum“ stellen, das es unverzüglich an die Kommission weiterleitet. Zu den möglichen Hilfsmaßnahmen zählt die „Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Ermittlung von Ausrüstungen, die andere Quel-

len wie beispielsweise kommerzielle Unternehmen zur Verfügung stellen können“. Diese Maßnahme passte sehr gut zu einem Sofortprogramm zur europäischen Produktion von Schutzmasken und Schutzkleidung. Die für eine Produktion der Schutzkleidung in Frage kommenden freiwillig teilnehmenden Unternehmen in den EU-Mitgliedstaaten würden ihre Arbeit koordinieren und auf diese Weise von den unterschiedlichen Fähigkeiten profitieren. Statt immer nur abzuwarten, wer auf dem Weltmarkt die Ausrüstung liefern kann, statt Wucherpreise zu akzeptieren oder gar auf Betrüger hereinzufallen, handelte die EU aus eigener Kraft. So käme es zu europäischer Produktion statt zu nationalen Exportverboten.

Zweitens wäre der Aufbau eines europäischen Netzwerks zum Austausch zwischen Wissenschaftlern über die Behandlungsdaten zu Covid-19 sinnvoll. Für die Einrichtung eines solchen Netzwerks ließe sich ebenfalls beim europäischen Verfahren zum Katastrophenschutz anknüpfen. Es wäre auch denkbar, für ein Netzwerk die rechtlichen Kompetenzen der EU im Bereich des Gesundheits- und des Katastrophenschutzes zu nutzen. Diese Kompetenzen sind zwar nicht weitreichend, aber sie existieren. Sie umfassen nach Artikel 168 des Vertrages über die Arbeitsweise der EU (AEUV) die „Beobachtung, frühzeitige Meldung und Bekämpfung schwerwiegender grenzüberschreitender Gesundheitsgefahren“ und nach Artikel 196 AEUV beim Katastrophenschutz die „Unterstützung und Ergänzung der Tätigkeit der Mitgliedstaaten auf nationaler, regionaler und kommunaler Ebene im Hinblick auf die Risikoprävention“.

In Deutschland hat die Charité in Berlin ein Netzwerk in Sachen Covid-19 für die Universitätskliniken angeregt. Der Aufbau eines solchen Netzwerks wird inzwischen mit finanziellen Mitteln des Bundes gefördert. Es liegt auf der Hand, dass der Austausch zwischen den Forschern die Chancen auf Erkenntnisse erhöht. In der Forschung wie auch allgemein in der Bekämpfung von Covid-19 beobachten wir freilich im Moment, so der Virologe Christian Drosten, eine Tendenz zur nationalen Abgrenzung. Die gilt es zu überwinden. Warum also kein europäisches Netzwerk?

Und drittens muss die EU rasch Vorsorge in den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln treffen. Die Ausbreitung des Virus darf die mehr als 42 000 Migranten, die laut griechischem Zivilschutzministerium auf den Inseln leben, nicht schutzlos treffen. In der Migrationspolitik wird es keine Einigkeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten geben. Dies darf aber nicht dazu führen, dass die EU untätig zuschaut, wie die Migranten auf den griechischen Inseln einem hochansteckenden Virus ohne medizinische Infrastruktur ausgeliefert sind.

Der nationale Weg führt in einer Pandemie in eine Sackgasse. Wir erleben inzwischen die ersten Anzeichen von transnationaler Solidarität. Krankenhäuser in Deutschland haben schwererkrankte Patienten aus Frankreich und Italien aufgenommen. Auch Luxemburg versorgt in seinen Krankenhäusern französische Corona-Patienten. Diesen Ansatz müssen wir stärken. Der nationale Blick ist blind für solche Zugewinne an Handlungsfähigkeit in der Krise.

Christine Landfried war bis zur Emeritierung 2014 Professorin für Vergleichende Regierungslehre in Hamburg.

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND *Schulen*

Digitaler Unterricht mit der F.A.Z.

Mit unserem Online-Portal FAZSCHULE.NET bieten wir ein vielfältiges Angebot an kostenfreien, digitalen Unterrichtsmaterialien und weiteren Serviceleistungen exklusiv für Lehrkräfte an. Gestalten Sie Ihren Unterricht praxisorientiert und abwechslungsreich, und nehmen Sie unter Einbeziehung der digitalen Ausgabe der F.A.Z. an unseren medienpädagogischen Zeitungsprojekten teil. Entdecken Sie auch unser F.A.Z.-Schulprojekt zum Thema Pandemie: „Die Welt in Bewegung“.

fazschule.net
Das Schul- und Lehrportal

Frankfurter Allgemeine
ZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

HERAUSGEBEN VON GERALD BAUMBERGER, WERNER PINNA, JÜRGEN BAHR, BERTHOLD KOBER

Die perfekte Welle

Schulhaus durchbrechen - Flugzeuge, die sich schneller bewegen als die Schall, haben die Welt verändert. Sie sind ein Argument, dass die Welt nicht, wie wir sie sehen, ein statisches Gebilde ist, sondern ein dynamisches, das sich ständig verändert. Und das ist die Welt der Zukunft.

Wie sollen Schulhäuser darüber machen? Sie sind ein Argument, dass die Welt nicht, wie wir sie sehen, ein statisches Gebilde ist, sondern ein dynamisches, das sich ständig verändert. Und das ist die Welt der Zukunft.

Politiker fordern mehr Macht für Frauen

Barley warnt vor Zurücktreten der Gleichberechtigung / Demonstration in Berlin